

Vereinbarung zur Beantragung der Gewährung der Überbrückungshilfe III

zwischen

Firma/Name

vertreten durch Vorname, Name

Anschrift
(im Folgenden: „**Mandant**“)

und

Liberata GmbH Steuerberatungsgesellschaft,
Hildesheimer Straße 8, 30169 Hannover
vertreten durch Ihren Geschäftsführer Sven Brodthage
(im Folgenden: „**Berater**“)

§ 1 Auftragsumfang

Der Mandant beauftragt den Berater mit der Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für die Beantragung der Überbrückungshilfe III und mit der Begleitung in dem erforderlichen Verfahren.

Der Auftrag des Beraters umfasst

1. die Prüfung der Antragsvoraussetzungen,
2. die Ermittlung der förderfähigen Kosten und Förderhöhe sowie die Antragstellung und
3. die Erstellung und Einreichung des Nachweises über die finalen Zahlen (Abschlussrechnung).

§ 2 Bevollmächtigung

Der Mandant bevollmächtigt den Berater zu allen das Verwaltungsverfahren betreffenden Verfahrenshandlungen, insbesondere zum Abruf des elektronischen Bescheids.

§ 3 Hinweis auf die Allgemeinen Auftragsbedingungen des Beraters

Sofern in dieser Vereinbarung keine ausdrücklich entgegenstehende Regelung enthalten ist, gelten die unter https://liberata.eu/downloads/AAB_Liberata_GmbH_2019-03.pdf einsehbaren „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Liberata GmbH Steuerberatungsgesellschaft – Stand März 2019.“

Der Mandant versichert, dass er diese zur Kenntnis genommen hat, und erklärt, dass sie wirksamer Bestandteil dieser Vereinbarung sind.

Liberata GmbH
Steuerberatungsgesellschaft

Hildesheimer Straße 8
30169 Hannover

Geschäftsführer:
Dipl.-Kfm. Sven Brodthage
Steuerberater Wirtschaftsprüfer

Bankverbindung:
DE20 3006 0601 0004 4817 80
apoBank Düsseldorf
DAAEDEDXXX

Handelsregister:
Registergericht: AG Hannover
Registernummer: HRB 210041

§ 4 Versicherung und Erklärung des Mandanten

Mit dieser Vereinbarung versichert und erklärt der Mandant gegenüber dem Berater, dass

1. er zur Kenntnis genommen hat, dass die Bewilligungsstellen von den Finanzbehörden Auskünfte über ihn/sie einholen dürfen, soweit diese für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Erstattung, Weitergewährung oder Belassen der Überbrückungshilfe erforderlich sind (§ 31a AO).
2. er die Fördervoraussetzungen zur Kenntnis genommen und dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen, vollständig und wahrheitsgetreu gemacht hat.
3. er der Bewilligungsbehörde und sonstigen zuständigen Behörden auf Verlangen die zur Aufklärung des Sachverhalts und Bearbeitung seines Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen unverzüglich zur Verfügung stellt.
4. er die Zustimmung für einen Datenabgleich seiner Angaben erteilt, auch hinsichtlich der Kontoverbindung, zwischen der Bewilligungsstelle und der Finanzverwaltung sowie mit dem Kreditinstitut (§ 30 AO; § 38 BWG)
5. er zur Kenntnis genommen hat, dass die als Überbrückungshilfe bezogenen Leistungen steuerbar sind, nach allgemeinen steuerrechtlichen Regelungen im Rahmen der Gewinnermittlung zu berücksichtigen sind und Angaben zum Bezug der Überbrückungshilfen den Finanzbehörden elektronisch übermittelt werden.
6. er sich verpflichtet, die Bewilligungsstelle von einer dauerhaften Einstellung des Geschäftsbetriebs bzw. Anmeldung der Insolvenz vor dem 30. Juni 2021 unverzüglich zu informieren. **In diesem Fall ist die Überbrückungshilfe zurückzuzahlen.**
7. durch die Inanspruchnahme der Überbrückungshilfe der beihilferechtlich nach der „Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ zulässige Höchstbetrag, ggf. kumuliert mit dem Höchstbetrag für Beihilfen nach der De-Minimis-Verordnung sowie der Bundesregelung Fixkostenhilfe 2020, nicht überschritten wird.
8. er nicht bereits am 31. Dezember 2019 in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Abs. 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014) war.
9. er zur Kenntnis genommen hat, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Überbrückungshilfe 3 besteht und **im Falle einer Überkompensation, die zu viel erhaltene Überbrückungshilfe zurückzuzahlen ist.**
10. weder Überbrückungshilfen in Steueroasen abfließen, noch sonstige Gewinnverschiebungen in diese Jurisdiktionen erfolgen und dass Steuertransparenz gewährleistet wird.
11. er die Überbrückungshilfe 3 durch den Bund nicht mehrfach beantragt hat und dies auch zukünftig nicht tun wird.
12. er vollständige Angaben dazu gemacht hat, ob und ggf. in welcher Höhe Leistungen nach anderen Corona-bedingten Zuschussprogrammen des Bundes und der Länder in Anspruch genommen wurden.
13. er seine Zustimmung erteilt, dass die Bewilligungsbehörden die ihnen im Rahmen des Antragsverfahrens bekannt gewordenen und dem Schutz des verlängerten Steuergeheimnisses unterliegenden personenbezogenen Daten oder Betriebs-/Geschäftsgeheimnisse den Strafverfolgungsbehörden

mitteilen können, wenn Anhaltspunkte für einen Subventionsbetrug vorliegen.

14. ihm bekannt ist, dass es sich bei den Angaben um subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 des Strafgesetzbuches i. V. m. § 2 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) und des jeweiligen Landessubventionsgesetzes handelt.

15. ihm bekannt ist, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können, er die Überbrückungshilfe 3 durch den Bund nicht mehrfach beantragt hat und dies auch zukünftig nicht tun wird.

16. er vollständige Angaben dazu gemacht hat, für welchen Zeitraum die direkte, indirekte oder über Dritte bestehende Betroffenheit durch den Corona-bedingten Lockdown bestand bzw. voraussichtlich bestehen wird.

17. er geprüft hat, ob es sich bei seinem Unternehmen um ein verbundenes Unternehmen handelt und er die Richtigkeit der Angaben bestätigt.

18. im Falle von Soloselbständigen und Angehörigen der Freien Berufe: er zusichert, im Haupterwerb tätig zu sein.

19. er der Weitergabe von Daten an die Finanzbehörden durch die Bewilligungsstellen zustimmt, soweit diese für die Besteuerung relevant sind (§ 93 AO).

20. er der Bewilligungsbehörde und sonstigen zuständigen Behörden auf Verlangen die zur Aufklärung des Sachverhalts und Bearbeitung seines Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen unverzüglich zur Verfügung stellt.

21. er die Einwilligung gem. Art. 6 DSGVO erteilt, dass die Bewilligungsstelle zur Prüfung der Antragsberechtigung die Angaben im Antrag mit anderen Behörden i. S. d. § 1 VwVfG, unabhängig davon, ob sie Bundes- oder Landesrecht ausführen, abgleicht. In Fällen, in denen es sich bei der Bewilligungsstelle um eine Bank handelt, wird diese im Falle des § 15 BlnDSG vom Bankgeheimnis befreit. Zudem wird die Einwilligung erteilt, dass die Finanzbehörden der Bewilligungsstelle die für die Antragsbearbeitung zweckdienlichen Auskünfte durch Übermittlung dem Steuergeheimnis unterliegender Daten erteilen dürfen.

22. er Angaben dazu gemacht hat, falls er im Jahr 2019 von der Kleinunternehmerregelung (§ 19 UStG) Gebrauch gemacht hat.

23. er vollständige Angaben dazu gemacht hat, ob und ggf. in welcher Höhe für den Leistungszeitraum Leistungen der Agentur für Arbeit in Anspruch genommen wurden oder werden sollen.

24. er vollständige Angaben dazu gemacht hat, ob und ggf. in welcher Höhe für den Leistungszeitraum Leistungen aus Versicherungen erhalten oder angemeldet wurden.

25. er die Finanzbehörden von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses gegenüber den Bewilligungsstellen und den Strafverfolgungsbehörden befreit, soweit es sich um Angaben des Antragsstellers handelt, die für die Gewährung der Überbrückungshilfen von Bedeutung sind (§ 30 Abs. 4 Nr. 3 AO),

Der Mandant erklärt darüber hinaus, dass ihm bekannt ist, dass

- es sich bei dem dem Antrag auf Überbrückungshilfe zugrundeliegenden Umsatzeinbruch um eine Prognose und keine verbindlich festgelegte Angabe handelt, sodass es im Rahmen der Schlussabrechnung zu Abweichungen von der Umsatzprognose kommen kann,
- andere Corona-bedingte Leistungen auf die Überbrückungshilfe III angerechnet werden,
- zu viel gezahlte Zuschüsse vom Mandanten zurückerstattet werden müssen sowie
- eine nachträgliche Aufstockung der Überbrückungshilfe bei höherem Umsatzeinbruch ist im Rahmen der Überbrückungshilfe III möglich ist.

§ 5 Vergütung des Beraters

Der Mandant zahlt für die in § 1 aufgeführten Teilleistungen an den Berater eine

Vergütung in Höhe von 10 % der beantragten Überbrückungshilfe, mindestens jedoch Euro 1.200,00,

zuzüglich Nebenkosten gem. § 7 und Umsatzsteuer gem. § 8.

Die Vergütung des Beraters für die Teilleistungen gem. § 1 beträgt:

(Teil-)Leistung	Vergütung in Höhe von x% der beantragten Überbrückungshilfe	Mindestvergütung (in Euro)
Prüfung der Antragsvoraussetzungen sowie Ermittlung der förderfähigen Kosten und Förderhöhe sowie Antragstellung	6,5 %	780,00
Erstellung und Einreichung des Nachweises über die finalen Zahlen (Abschlussrechnung)	3,5%	420,00

Etwaige Zusatzleistungen sowie durch den Mandanten verursachte **Mehraufwendungen** (z. B. durch die Erstellung oder Beschaffung von notwendigen Unterlagen) werden nach Stundenaufwand vergütete. Der Berater fügt der Berechnung eine Leistungsübersicht über die abgerechneten Stunden bei. Widerspricht der Mandant dieser Leistungsübersicht nicht innerhalb eines Monats nach Erhalt der Berechnung, gelten die abgerechneten Stunden als anerkannt.

Es werden folgende Zeitgebührensätze je angefangene halbe Stunde vereinbart

Geschäftsführer/innen und Prokuristinnen/en	€ 87,50
Angestellte Steuerberater/innen	€ 72,50
Mitarbeiter mit abgeschlossenem Hochschulstudium	€ 62,50
Steuerfachwirte, Lohnfachkräfte und Bilanzbuchhalter	€ 45,00
Steuerfachangestellte und Kaufleute	€ 37,50
Auszubildende	€ 27,50

Bei Reisen zur Erfüllung des Beratungsauftrages wird auch die Reisezeit mit diesen Sätzen in Rechnung gestellt.

Abgerechnet wird in Intervallen von einer halben Stunde, wobei die jeweils letzte angebrochene halbe Stunde als volle halbe Stunde gerechnet wird.

Dem Mandanten ist bekannt, dass die vereinbarten Zeitgebührensätze die gesetzlichen Gebühren nach StBVV möglicherweise übersteigen.

§ 6 Erstattungsfähigkeit

Das Honorar für die Antragstellung ist vom Antragsteller zu tragen. Es gehört zu den erstattungsfähigen Fixkosten. Erstattet wird das Honorar mit der Quote für den ersten Fördermonat des Mandanten. Die Erstattung teilt das Schicksal der Gesamtförderung. **Stellt sich also im Nachhinein heraus, dass die Förderung reduziert wurde und ganz oder teilweise zurückgezahlt werden muss, gilt dies auch für die darin enthaltene Erstattung für das Honorar.**

Der Mandant trägt den Teil der vereinbarten Vergütung selbst, auch wenn es nicht zu einer Erstattung durch die Bewilligungsbehörden kommt.

§ 7 Nebenkosten

Der Mandant erstattet dem Berater folgende im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit anfallenden erforderlichen Aufwendungen.

Tagesspesen

Pauschal € 6,00 bei Abwesenheit bis zu 8 Std.

Pauschal € 12,00 bei Abwesenheit über 8 Std.

Fahrtkosten mit € 0,80 je gefahrenen Kilometer

Übernachungskosten nach tatsächlichem Aufwand

In jedem Fall stehen dem Berater zu:

- Economy-Class bei Inlandsflügen
- Übernachtungen in einem gehobenen Hotel (ab 4 Sterne).
- Post- und Telekommunikationsdienstleistungskosten nach § 16 StBVV
- Direkte DATEV-Aufwendungen, die anhand der Mandantenummer in der Rechnung der DATEV e. G. dem Mandanten zugeordnet werden können.

§ 8 Umsatzsteuer

Sämtliche Positionen verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Ort, Datum

Unterschrift
(Mandant)

Checkliste Unterlagen für die Antragstellung („Neu-Mandanten“)

Bitte füllen Sie die beigegefügte Excel-Datei (lediglich ein Tabellenblatt) **vollständig** aus und **übersenden** uns diese per E-Mail als **EXCEL-Datei**.

Mandanten, die bereits laufend von uns beraten werden, haben uns in der Regel bereits die notwendigen Daten zur Verfügung gestellt. Aus diesem Grund sprechen wir sie an, wenn Auskünfte oder Unterlagen erforderlich sind.

1. Informationen zum Antragsteller bzw. dessen Vertreter	Liegt vor
Personalausweis oder Reisepass	<input type="radio"/>
<i>Sofern zutreffend:</i> Handelsregister- oder Vereinsregisternummer	<input type="radio"/>
<i>Sofern zutreffend:</i> Gesellschaftsvertrag oder Satzung soweit keine Handelsregistereintragung	<input type="radio"/>
Bei Freiberuflern und Einzelunternehmern ohne Handelsregistereintrag, <input type="radio"/> Firmenname, <input type="radio"/> Rechtsform, <input type="radio"/> Adresse/Sitz, <input type="radio"/> Tätigkeit/Branche	<input type="radio"/>
Angaben zu verbundenen Unternehmen (Unternehmen, die im Eigentum oder unmittelbar oder mittelbar unter dem beherrschenden Einfluss derselben Person oder desselben Unternehmens stehen)	<input type="radio"/>
Finanzamt, Steuernummer, Steueridentifikationsnummer	<input type="radio"/>
Jahresabschluss oder Gewinnermittlung (incl. EÜR) 2019 bzw. bei gemeinnützigen Unternehmen und Organisationen Angaben zu Einnahmen (einschließlich Spenden und Mitgliedsbeiträge), <i>sofern diese nicht vorliegen, für das Jahr 2018</i>	<input type="radio"/>
<i>Sofern kein Jahresabschluss oder Gewinnermittlung 2019 vorliegt,</i> Unterlagen zur Gewinnermittlung 2019; bzw. bei gemeinnützigen Unternehmen und Organisationen Angaben zu Einnahmen (einschließlich Umsätze, Spenden und Mitgliedsbeiträge) für das Jahr 2019	<input type="radio"/>

Umsatzsteuererklärung 2019 mit Bescheid (soweit vorhanden)	<input type="radio"/>
Letzte Einkommensteuer-/Körperschaftsteuererklärung mit Bescheid (in der Regel für das Jahr 2018 oder 2019)	<input type="radio"/>
Letzter Einkommensteuer-/Körperschaftsteuer-Vorauszahlungsbescheid	<input type="radio"/>
Beim Finanzamt hinterlegte Kontoverbindung	<input type="radio"/>
Bewilligungsbescheid(e) der Soforthilfe(n), Überbrückungshilfe(n) sowie der November- und Dezemberhilfe	<input type="radio"/>
Bewilligung von Kurzarbeitergeld	<input type="radio"/>
Bewilligungsbescheid über weitere Mittel aus anderen Förderprogrammen der Länder	<input type="radio"/>

2. Antragsberechtigung und Förderhöhe	
Anzahl der Beschäftigten und Auszubildenden mit Angabe der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit einschließlich Saisonarbeitskräfte, Beschäftigte in Mutterschutz/Elternzeit und Minijobber am 31. Dezember 2020	<input type="radio"/>
Lohnjournal/Lohnbuchhaltungsunterlagen zum Stichtag 31. Dezember 2020	<input type="radio"/>
Bei saisonal stark schwankenden Beschäftigtenzahlen, Angaben zum Jahresdurchschnitt der Beschäftigten in 2019 (oder konkrete Angabe der Anzahl der Saisonarbeitskräfte und der Beschäftigungstage)	<input type="radio"/>
Unterlagen für 2019 <input type="radio"/> USt-Voranmeldungen, <input type="radio"/> BWA (Jahresübersicht incl. Wertnachweis), <input type="radio"/> Summen- und Saldenlisten (Jahresübersicht) sowie <input type="radio"/> Buchhaltungskonten. Im Falle einer Unternehmensgründungen nach dem 30. Juni 2019 benötigen wir die Unterlagen für die Monate seit Gründung.	<input type="radio"/>

Unterlagen für 2020 <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Lohnjournale, <input type="checkbox"/> USt-Voranmeldungen, <input type="checkbox"/> BWA (Jahresübersicht incl. Wertnachweis), <input type="checkbox"/> Summen- und Saldenlisten (Jahresübersicht) und <input type="checkbox"/> Buchhaltungskonten bzw. <input type="checkbox"/> <i>wenn nicht vorhanden: Buchungsbelege 2020.</i> 	<input type="checkbox"/>
Soweit vorhanden: für November und Dezember 2020 sowie Januar bis Juni 2021 <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> USt-Voranmeldungen, <input type="checkbox"/> Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA), <input type="checkbox"/> Summen- und Saldenlisten und <input type="checkbox"/> Buchhaltungskonten (bzw. <i>wenn nicht vorhanden: Buchungsbelege 2020</i>). 	<input type="checkbox"/>
<i>Sofern zutreffend:</i> Unterlagen zur Umstellung von Soll- auf Ist-Besteuerung oder von der Ist- auf Soll-Besteuerung zwischen 2019 und 2020	<input type="checkbox"/>
<i>Sofern zutreffend:</i> Unterlagen für die Ermittlung der Kosten für das häusliche Arbeitszimmer	<input type="checkbox"/>

3. Förderfähige Kosten	
Betriebliche Verträge, sofern sie vor dem 1. Januar 2021 geschlossen wurden, insbesondere:	
<input type="checkbox"/> Miet- und Pachtverträge für betrieblich genutzte Räume, Grundstücke, Gebäude	
<input type="checkbox"/> Nebenkostenabrechnung des Vermieters	
<input type="checkbox"/> Mietverträge über bewegliche Gegenstände (Fahrzeuge, Maschinen etc.)	
<input type="checkbox"/> Kredit- und Darlehensverträge	
<input type="checkbox"/> Leasingverträge	
<input type="checkbox"/> Finanzierungsanteile Leasing	
<input type="checkbox"/> Lizenzverträge	
<input type="checkbox"/> Versicherungen	
<input type="checkbox"/> Abos und andere feste Ausgaben	